

Landauer, Carl

Article — Digitized Version

Nixons Kehrtwendung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Landauer, Carl (1971) : Nixons Kehrtwendung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 9, pp. 463-466

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134305>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nixons Kehrtwendung

Carl Landauer, Berkeley

Der positivste Aspekt des Nixon-Programms ist die Erkenntnis, daß die bisherige Politik der Inflationsbekämpfung, die monetäre Stabilität auf Kosten der Beschäftigung zu erreichen versuchte, verfehlt war. Diese Politik gründete auf der Annahme, daß die gegenwärtige Inflation in erster Linie auf eine zu hohe Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zurückzuführen war und nicht auf Kostensteigerungen durch Lohnerhöhungen und monopolistische Preisbildung. Lohnsteigerungen wirken sich aber in dieser Weise aus, wenn sie das Produktivitätswachstum übersteigen. Dies war aber in den letzten Jahren größtenteils der Fall. Und niemand kann abstreiten, daß steigende Kosten zahlreiche Unternehmen dazu zwingen und manchen den Anlaß dazu liefern, die Preise zu erhöhen.

Die Verfechter dieser Politik erwarteten jedoch, daß schlechtere Nachfragebedingungen einerseits die Unternehmer veranlassen würden, den Gewerkschaftsforderungen standhafter entgegenzutreten, und daß die Gewerkschaften andererseits ihre Forderungen zurückschrauben würden, wenn sie mit dem Risiko der Arbeitslosigkeit konfrontiert würden. Die erste Annahme war jedoch unrealistisch, weil es für die meisten Arbeitgeber leichter war, den Gewerkschaften nachzugeben und die entstandenen Belastungen auf die Verbraucher weiterzuwälzen als einen länger andauernden Streik zu riskieren. Die zweite Annahme verkannte die Motive der Gewerkschaften.

Einzige Alternative

Damit verblieb als einzige Alternative eine direkte Kontrolle von Löhnen und Preisen. Der dreimonatige Preis- und Lohnstopp ist allerdings nur eine Form einer solchen Kontrolle, und eine besonders harte dazu – vielleicht zu hart, um sie lange genug durchhalten zu können. Wenn die Regierung tatsächlich glaubt, daß dieser Eingriff

der Inflation „das Rückgrat“ brechen wird, dann ist ihr eine Enttäuschung sicher. Inflation ist nicht nur ein psychologisches Phänomen, dem man mit einer Schockbehandlung begegnen könnte. Das Einfrieren der Löhne und Preise ist deshalb nur dann sinnvoll, wenn dadurch eine Atempause gewonnen werden soll, um eine längerfristige Politik der Kontrolle auszuarbeiten. Eine Atempause von drei Monaten ist dafür jedoch zu kurz, und eine Verlängerung wird kaum möglich sein, weil die Unangemessenheit der Maßnahme nicht für längere Zeit toleriert werden wird.

Ich werfe der Administration nicht vor, daß sie sich so lange gegen direkte Preis- und Lohnkontrollen sträubte, noch der demokratischen Opposition, daß sie keinen Plan für die Errichtung und Durchführung solcher Kontrollen vorlegte. Indem sie aber ihre verständlichen Hemmungen nicht früher überwand, beging die Administration einen sehr schweren Fehler. Denn seit vielen Monaten lag es auf der Hand, daß die Anwendung von Kontrollen nicht zu umgehen war – so groß auch die technischen und politischen Bedenken waren. Aber gerade aus diesem Grunde hätte man Zeit und große Anstrengungen darauf verwenden müssen, effektive Methoden auszuarbeiten und eine entsprechende Maschinerie aufzubauen. Die Tatsache, daß sich nun die Periode der Experimente und der unvermeidlichen Fehlschläge und Mißgriffe bis in die Zeit des Wahlkampfes hinein erstrecken wird, dürfte sich

Carl Landauer, 79, emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften, lehrte an den Universitäten Hamburg, Berlin und seit 1932 vor allem an der Berkeley University, Kalifornien.

nicht nur negativ (vielleicht sogar in fataler Weise) auf Nixons Chancen auf eine Wiederwahl auswirken. Sie reduziert auch die Wahrscheinlichkeit, daß die Probleme ohne allzu große Störungen durch politisches „Feuerwerk“ gelöst werden können.

Schlimme Konzessionen

Daß Nixon wiedergewählt zu werden wünscht, ist nur zu verständlich. Unzweifelhaft versuchte er deshalb sein Programm auf die politisch wirksamste Weise zu präsentieren. Doch dieser Versuch ging schief: Dadurch, daß er zu Umschreibungen griff, anstatt die Dinge – direkte Kontrolle der Löhne und Preise sowie Abwertung des Dollar – beim Namen zu nennen, rief er größere Zweifel an seiner Politik hervor, als wenn er freimütig bekannt hätte, daß sich seine Ansichten gewandelt haben. Auch garnierte er seine Ausführungen mit ziemlich bedeutungslosen Phrasen. Beispiel – seine Polemik gegen „die Spekulanten“. Weit schlimmer sind jedoch seine Konzessionen an verschiedene Gruppen. Dadurch wird sein Programm widersprüchlich und weniger funktionsfähig. Die schlimmsten Konzessionen, auf die ich noch zurückkommen werde, sind die Versuche, die entschiedenen Gegner eines großen Defizits im Staatshaushalt zu beschwichtigen bzw. zu versöhnen.

Langfristige Politik erforderlich

Nun müßte aber die Ausarbeitung einer längerfristigen Politik der Kontrolle erfolgen. Dies wäre die Aufgabe des Cost of Living Council. Um aber dieser Aufgabe nachgehen zu können, müßte der Council das tun, was nach den Aussagen von Minister Connally nicht beabsichtigt ist: entweder sich selbst als eine Lohn- und Preiskontrollbehörde zu institutionalisieren oder die Errichtung einer solchen Behörde vorzuschlagen.

Der richtige Weg einer längerfristigen Politik wäre es, die Löhne an der Produktivität auszurichten. Dazu müßte der Cost of Living Council das Problem lösen, auf welche Art und Weise der voraussichtliche Anstieg der Produktivität berücksichtigt werden soll und was mit den Löhnen in den Industrien geschehen soll, deren Produktivität – wie im Dienstleistungsbereich – zwar nicht so stark anwächst wie in der Verarbeitenden Industrie, aber wo nicht zugelassen werden kann, daß die Löhne im Durchschnitt zu weit zurückfallen.

Zusätzlich besteht das ungeheuer schwierige Problem der Durchsetzung dieser Politik. Es ist zwar eine feine Sache, die Bürger und deren Organisationen zu ermahnen, freiwillig die Grenzen einzuhalten, die als gerecht und als ökonomisch vernünftig angesehen werden, und sicherlich sollte

auch dort kein Zwang angewandt werden, wo es nicht unbedingt notwendig ist. Andererseits ist es aber unrealistisch zu erwarten, daß Richtlinien, die von einer Behörde aufgestellt werden, vollständig oder nahezu vollständig *freiwillig* befolgt werden. Wenn man etwas aus den Erfahrungen der OPA (Office of Price Administration) während des Zweiten Weltkrieges gelernt hat, dann dieses, daß die Umgehung der Richtlinien die große Ausnahme bleiben muß, wenn nicht das Beispiel erfolgreicher „Gesetzesbrecher“ die Moral und das Verantwortungsgefühl der „Gesetzes-treuen“ untergraben soll.

Weiterhin werden sich die folgenden Fragen stellen und eine Lösung erfordern: Was kann getan werden, um die Wettbewerbspolitik als ein Mittel der Preiskontrolle zu stärken? Wie können Gewerkschaften bestraft werden, die sich nicht an die Richtlinien halten? Wie muß die Kontrolle durchgeführt werden, um die Umgehungsmöglichkeiten zu minimieren? (Z. B. könnte die Beteiligung der Gewerkschaften und der Unternehmer bei der Festsetzung der zugestandenen Erhöhungen die Umgehungen verringern, wenn auch sehr darauf geachtet werden muß, daß eine derartige Beteiligung nicht dazu führt, daß der Zweck des Ganzen korrumpiert wird). Kann ein gewisser Spielraum für freie Lohnaushandlungen verbleiben, z. B. dadurch, daß der Stopp nicht auf alle Industrien ausgedehnt wird? Was kann bei wilden Streiks gegen die Richtlinien getan werden? Es gibt nicht allzu viele Erfahrungen von anderen Ländern, auf die das Council zurückgreifen könnte, und falls es sie gibt, sind sie sogar bei Experten teilweise in Vergessenheit geraten. Wahrscheinlich ist es deshalb ratsam, mit einem relativ lockeren System der Kontrolle zu beginnen und die Zügel je nach Bedarf anzuziehen. Allerdings muß von vornherein ein Arsenal von Maßnahmen vorbereitet werden, um sie einzusetzen zu können, wenn es notwendig wird.

Gefahr von Ungerechtigkeiten

Ob der Lohn-Preis-Stopp eine derartige endgültige Lösung erleichtern wird, ist zweifelhaft. Mag er auch als Atempause nützen, die Härte dieser Maßnahme wird bittere Opposition hervorrufen, und das augenscheinliche Fehlen eines angemessenen Apparates zur Durchsetzung dieser Politik wird zu Umgehungsversuchen ermutigen.

Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, die – oft unter schweren Opfern – für Lohnerhöhungen gekämpft und entsprechende Abkommen, die aber noch nicht in Kraft getreten sind, mit den Unternehmern abgeschlossen haben, werden es als schwere Ungerechtigkeit empfinden, daß sie – zumindest vorläufig – um die Früchte ihres Kampfes gebracht werden. Minister Connallys An-

kündigung, daß der Stopp verlängert werden könnte, wird diese Empfindungen verstärken. Auch die Aufhebung des Streikrechts, die nicht unbedingt notwendig war und deren Legalität zweifelhaft zu sein scheint, wird dazu beitragen und mag über kurz oder lang sogar zu einer Krise führen.

Viele Güter enthalten ausländische Materialien, die aufgrund des sinkenden Dollarwertes teurer werden. Es dürfte höchst ungerecht, wenn nicht sogar unmöglich sein, den Produzenten das Recht auf eine entsprechende Preiserhöhung bei ihren Produkten zu verweigern. (Hinsichtlich der Importsteuer ist das Problem nicht so gravierend, da Rohstoffe zum größten Teil nicht zollpflichtig sind und deshalb auch nicht der neuen Steuer unterliegen.) Der ausländische Anteil an den einheimischen Produkten differiert aber von Fall zu Fall. Wie soll das Office of Emergency Preparedness mit seinem begrenzten Personalbestand alle diese Fälle berücksichtigen und einen Betrug ausschließen?

Dies ist nur ein Beispiel für die Komplikationen, die entstehen werden. Die Gefahr des Stopps liegt deshalb in der Möglichkeit, daß derartige

Ungerechtigkeiten und eine nicht angemessene Durchführungs politik die positive Idee einer Kontrolle von Preisen und Löhnen kompromittieren und somit eine längerfristige Lösung verhindern.

Nixons Versäumnisse

Inflation ist zwar ein großes Übel, aber Arbeitslosigkeit ist schlimmer. Deshalb müßte der Hauptzweck eines neuen Programms sein, einen Spielraum für eine Politik zu gewinnen, die stimulierende Impulse für die stagnierende Wirtschaftstätigkeit auslöst. Das Nixon-Programm legt jedoch das Hauptgewicht auf die Bekämpfung der inflationären Entwicklung und versäumt es, mehr als ein paar zaghafte Schritte zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu unternehmen.

Die Wiedereinführung von Steuervergünstigungen für Investitionen ist dafür ein fragliches Mittel angesichts der geringen Auslastung der bestehenden Kapazitäten. Auch der Verbrauch wird durch die zusätzlichen Steuerausnahmen nicht spürbar angeregt werden. Auf der anderen Seite wird die Maßnahme, die es den ärmeren Familien wirklich ermöglicht hätte, mehr zu kaufen und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen — nämlich die

Geldanlage beginnt mit Information



Erfolgssystem 100 Ihr Vermögensplan

Stelgen Sie ein
in diesen Plan nach oben.

Aber haben Sie immer Zeit, sich alle notwendigen Informationen zu beschaffen, die Entwicklung der Wirtschaft sowie das „Auf und Ab“ der Börsenkurse zu verfolgen?

Machen Sie es sich leicht. Die Fachleute, die die Investmentfonds im Erfolgssystem 100, dem neuen Vermögensplan der Deutschen Bank, betreuen, kümmern sich für Sie um diese Fragen.

Mit dem Erfolgssystem 100 steht Ihnen ein übersichtliches Programm von Anlagemöglichkeiten zur Verfügung: Neben Bar-Sparplänen zum Beispiel ein Spezial-Investmentplan mit einigen interessanten Extras.

- Sie können wählen zwischen sieben verschiedenen Investmentfonds und einem speziellen Immobilienfonds. Je nach Anlagewunsch kaufen Sie Aktien- oder Rentenwerte, inländische oder ausländische, oder aber Grundbesitz-Anteile.
- Sie können die gewählte Anlageform jederzeit wechseln.
- Ihr Sparziel können Sie durch eine Risiko-Lebensversicherung absichern.
- Wenn Sie später ein „zweites Einkommen“ haben wollen, vereinbaren Sie mit uns einen Entnahmeplan.

Und ein weiterer Vorteil: Auf Wunsch erhalten Sie kostenlos unsere Kundenzeitung „Geld von A bis Z“, in der wir Rechenschaft über die Entwicklung der Fonds geben. Und zugleich Empfehlungen für ihre künftige Vermögensbildung.

Fragen Sie
die **DEUTSCHE BANK**
BERLINER DISCONTO BANK • SAARLÄNDISCHE KREDITBANK

Einführung eines Mindesteinkommens – auf die lange Bank geschoben. Dazu werden Angestellte des Bundes das Heer der Arbeitslosen vergrößern und dadurch den größten Teil ihrer Kaufkraft einbüßen.

Wenn zudem die Neuaufteilung der Steueraufkommen ohne Ersatz hinausgeschoben wird, ist nicht zu sehen, wie die meisten Städte einen finanziellen Zusammenbruch vermeiden sollen. Ihre Lage mag zwar dadurch etwas erleichtert werden, daß sie vorläufig nicht mit Gehaltssteigerungen konfrontiert werden. Andererseits wird aber der Lohn- und Preisstopp ihr Aufkommen aus der Umsatzsteuer negativ beeinflussen, und da die Arbeitslosigkeit durch die Reduzierung der Bundesausgaben wachsen wird, werden ihre Sozialausgaben steigen.

Die Ausgabenreduzierungen mag Präsident Nixon in sein Programm wegen seiner eigenen finanzpolitischen Vorurteile aufgenommen haben, oder um die Politiker zu beschwichtigen, die bedingungslose Gegner von großen Budgetdefiziten sind. Einige davon sind unzweifelhaft in seinem eigenen Kabinett zu finden. Aber diese Konzessionen werden sich nicht auszahlen. Da die Regierung sich aus guten Gründen geweigert hat, den Gewerkschaftsforderungen nach einem Gewinnstopp nachzukommen, wäre sie gut beraten ge-

wesen, ihre offene Flanke auf dieser Seite durch ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu schützen. Die Administration beschloß aber, das Gegenteil zu tun.

Mangelnde Überzeugung

Sowohl hier wie im Ausland wird ein großes Zetern anheben über den „dirigistischen“ Charakter des Programms. Seit langem war jedoch klar, daß es in unserer modernen, hochorganisierten Wirtschaft Probleme gibt, für die der Marktmechanismus keine befriedigenden Lösungen liefert. Um aber diesen Mechanismus als Prinzip unseres Wirtschaftssystems zu erhalten, ist es notwendig, untragbare Ergebnisse durch Staatsinterventionen zu korrigieren. Die vorgefaßten Meinungen der Konservativen helfen uns in dieser Situation genau so wenig wie die der extremen Linken. Präsident Nixon versuchte zwar, von den konservativen ökonomischen Tabus wegzukommen – allerdings zu hastig und voller Hemmungen: Er handelte wie jemand, der gezwungen wird zu springen und deshalb springt, bevor ihn sein Mut verläßt. Da er aber nur halbwegs davon überzeugt ist, daß dieser Sprung wirklich eine gute Sache ist, schließt er die Augen vor den gefährlichen Hindernissen, die er vermeiden müßte, wenn der Sprung gelingen soll.

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten

Robert G. Wertheimer, Cambridge, Mass.

Dem neuen Wirtschaftsprogramm der USA liegen vor allem zwei Ziele zugrunde: Kampf der inflationären Entwicklung und Verringerung der Arbeitslosenzahl. Welches Ausmaß die Arbeitslosigkeit in den USA erreicht hatte, schildert der folgende Beitrag.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ruft in den USA tragische Erinnerungen an die 30er Jahre hervor. Hinzu kommt die Angst, daß die amerikanische Gesellschaft mit diesem zusätzlichen Problem überbeansprucht werden könnte. Es wird immer häufiger die Frage gestellt, ob die gegen-

wärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt nur auf kurzfristigen Anpassungsschwierigkeiten beruht oder ob sie eine grundlegende strukturelle und in die Zukunft wirkende Störung des Arbeitsmarktes anzeigt.

Im letzten Jahr belief sich die Zahl der Erwerbstätigen auf 82,7 Mill.; davon waren 52,7 Mill. männliche und 30 Mill. weibliche Arbeitskräfte. Insgesamt beschäftigt waren 1970 jedoch nur 78,6 Mill. Erwerbstätige. Im Juni dieses Jahres lauteten die entsprechenden Zahlen 84 und 79 Mill. Die Zahl der Arbeitslosen nahm somit ständig zu.

Robert G. Wertheimer lehrt als Professor am Babson College for Management Education in Babson Park, Mass. Er ist häufig als Berater der Regierung tätig.